

## Ära des Nebenamtes geht auch für Speicher zu Ende

Die Absicht des Speicherer Gemeindepräsidenten, im Verlauf der Amtsperiode 2007-2011 zurückzutreten, wurde durch die FDP in der Appenzeller Zeitung vom 18. April 07 publik gemacht. Seitdem steht für die SP die Nachfolgeregelung als Thema im Raum.

An einer Sektionsversammlung befassten sich die Mitglieder der SP deshalb eingehend mit verschiedenen Fragen der Behördenorganisation. Die Versammlung ging bei ihren Überlegungen von den Fragen aus: Welche Aufgaben sind in einem Gemeinwesen zu erfüllen? Und wie werden diese Aufgaben sinnvoll verteilt? Zentraler Punkt in der Diskussion ist für die SP die Frage, mit welchem Pensum das Gemeindepräsidium definiert werden soll.

### Hauptamt für das Gemeindepräsidium

Mit dem absehbaren Rücktritt des Gemeindepräsidenten geht nach Ansicht der SP auch für Speicher die Ära des Nebenamts zu Ende. Eine Gemeinde dieser Grösse zu führen, ist im heutigen Umfeld und von den gestiegenen Anforderungen her im Nebenamt nicht mehr machbar. Gilt es doch neben der weitsichtigen Führung der Gemeinde auch, in wichtigen kantonalen oder regionalen Gremien Einsitz zu nehmen, um die Interessen der Gemeinde zu vertreten.

Zurzeit beträgt das bezahlte Pensum des Gemeindepräsidenten - ohne Standortmarketing - 40 %. Die tatsächliche Arbeitsbelastung ist aber etwa doppelt so hoch, so dass sich die Frage nach dem Nebenamt sachlich nicht mehr ernsthaft stellt. Es geht im Wesentlichen nun darum, klare Verhältnisse zu schaffen, indem Pensum und Entschädigung des Gemeindepräsidiums realistisch und zeitgemäss festgelegt werden.

Die SP Speicher kommt deshalb zum Schluss, dass das Gemeindepräsidium im Hauptamt zu führen und in der Gemeindeordnung festzuschreiben sei. Selbstverständlich muss das Pflichtenheft für das Gemeindepräsidium überprüft und ergänzt werden. Als neue Aufgabe gehört sicher das Standortmarketing dazu. Die SP stellt auch neu die Personalführung als Aufgabe des Gemeindepräsidenten zur Diskussion.

Als besonders wichtig erachtet die SP eine angemessene Entschädigung im Rahmen, wie sie andere vergleichbare Gemeinden haben.

### Bekanntnis zur Demokratie statt Schlankheitsideologie

Für die SP ist es nicht zwingend, im Zusammenhang mit der Einführung des Hauptamtes für das Gemeindepräsidium, die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder zu reduzieren. Die Grösse des Gemeinderates hat sich bewährt. Mit der Behördenreorganisation von 2001 wurde zudem unter anderem ein durchdachtes System eingeführt: Die Besetzung der Ressorts mit zwei Gemeinderatsmitgliedern. Dies ermöglicht Neugewählten eine seriöse Einarbeitung in ein Ressort und senkt dadurch die Schwelle, sich für den Gemeinderat zur Verfügung zu stellen. Auch wird so bei einem Rücktritt die Kontinuität gewährleistet, und wertvolles Know-How bleibt erhalten.

Sicher kann die Aufgabenaufteilung nochmals hinterfragt und optimiert werden. Insgesamt erfordert die Überprüfung der Aufgabenaufteilung jedoch einen detaillierten Einblick in die Aufgaben und Abläufe von Behörden und Verwaltung und kann daher nicht in erster Linie Gegenstand öffentlicher Diskussionen sein. Eine wesentliche Arbeitsentlastung für den Gemeinderat wird daraus allerdings kaum resultieren. Und eine zusätzliche Belastung der einzelnen Ratsmitglieder durch eine Verkleinerung des Gemeinderates scheint der SP nicht angebracht.

Die SP hält den Gemeinderat in seiner jetzigen Grösse von 11 Mitgliedern aus folgenden Gründen für sinnvoll und berechtigt.

- Ein grosser Gemeinderat widerspiegelt die Meinungsvielfalt und macht damit ein Stück weit das auf Gemeindeebene fehlende Parlament wett. In Speicher sind 7 politische Parteien und Gruppierungen aktiv. Diese können zur Erarbeitung von mehrheitsfähigen Lösungen in die Verantwortung eingebunden werden.
- Nicht zu unterschätzen ist auch die in einer Demokratie wichtige Kontrollfunktion. In einer Gemeinde ohne Parlament kann ein grösserer Gemeinderat diese Funktion eher erfüllen.
- In einem grossen Gemeinderat kann die Arbeit besser verteilt werden. Eine Reduktion der Anzahl der Gemeinderatsmitglieder müsste entweder durch eine Verlagerung von Aufgaben auf die Verwaltung oder durch eine Zunahme der Arbeitspensen einzelner Gemeinderäte aufgefangen werden.
- Ein Gemeinderat, dessen Mitglieder zu stark belastet sind, um sich zu einzelnen Geschäften eine fundierte selbständige Meinung zu bilden, ist ein schwacher Gemeinderat. Ein starkes Gemeindepräsidium braucht aber einen starken Gemeinderat als demokratisches Gegenstück.
- Mit unserem heutigen System sind im Gemeinderat auch Volksvertreterinnen und -vertreter, die zwar kein eigenes Ressort führen, aber innerhalb der Ressorts ihre Kenntnisse und Arbeitskraft zur Verfügung stellen und damit wichtige Unterstützungsarbeit leisten. Diesen Vorteil will die SP nicht durch einen schlanken Gemeinderat leichtfertig aufs Spiel setzen.
- Schliesslich ist die Hoffnung, durch eine Verkleinerung des Gemeinderates Einsparungen zu erzielen, nach Ansicht der SP verfehlt. Aufgaben, die an die Verwaltung abgegeben werden, kommen allemal teurer zu stehen.

### **Schulpräsidentin gehört in den Gemeinderat**

Die SP schlägt vor, das Ressort Schule in den Gemeinderat zu integrieren. Die Schulpräsidentin soll als Mitglied des Gemeinderates die Anliegen der Schule direkt in den Gemeinderat einbringen und persönlich vertreten können. Damit wird eine direkte Kommunikation und Information gewährleistet. Informationen aus kantonalen Gremien können effizient eingesetzt werden. Die vorgeschlagene Neuerung lässt sich mit der Volkswahl von Schulkommission und Schulpräsidium problemlos vereinbaren, wie das Beispiel der Gemeinde Trogen zeigt.

Die SP Speicher hofft, mit diesem Beitrag rechtzeitig den Anstoss zu einer breiteren öffentlichen Diskussion zu geben.

Speicher, im April 2007